

Februar 2021

# Länderbericht

Auslandsbüro Spanien und Portugal



## Kein Sieg für Katalonien

---

***Bei den Regionalwahlen in Katalonien gewinnen die separatistischen Parteien aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung zwar erstmals eine Stimmenmehrheit, doch ist es fraglich, ob sie zusammen eine Regierung bilden werden, oder sich diese am Ende aus Sozialisten, Nationalisten und Linkspopulisten zusammensetzen wird. In keinem Fall ist eine baldige Umkehr von dem wirtschaftlichen Niedergang zu erwarten, den der jahrelange Konflikt in der Autonomen Gemeinschaft provoziert hat und der durch die Corona-Pandemie noch gefördert wurde. Die „bürgerlichen“, pro-spanischen Parteien sind zu schwach, um die Fortsetzung des Katalonien-Konflikts aufzuhalten.***

*Dr. Wilhelm Hofmeister, Martin Friedek*

Am 14. Februar 2021 fanden in der Autonomen Gemeinschaft Katalonien vorgezogene Regionalwahlen statt. Sie waren notwendig geworden, nachdem der bisherige Regionalpräsident Quim Torra seines Amtes enthoben worden war. Anlass war seine Verurteilung wegen unzulässiger Wahlpropaganda für die separatistischen Parteien vor den Wahlen zum gesamtspanischen Parlament im April 2019. Aus Protest gegen diese Amtsenthebung, aber auch aufgrund zunehmender Konflikte zwischen den beiden wichtigsten nationalistischen Parteien JxCAT und ERC kam es nicht zur Wahl eines Nachfolgers von Torra. Das Regionalparlament wurde deshalb aufgelöst und Wahlen für den 14. Februar 2021 angesetzt. Eine Verschiebung auf den 30. Mai 2021 aufgrund der Corona-Pandemie ist von dem Obersten katalanischen Gericht auf Anlass verschiedener Parteien abgelehnt worden. Nicht zuletzt hatte sich die Sozialistische Partei Kataloniens (PSC), die Regionalorganisation der von Ministerpräsident Pedro Sánchez geführten PSOE, für den frühen Wahltermin eingesetzt, weil sie sich davon größere Chancen auf ein besseres Ergebnis versprach. Diese Erwartung hat sich weitgehend – aber nicht ganz - erfüllt.

Die PSC gewann die Regionalwahlen mit einer sehr knappen einfachen Stimmenmehrheit vor der Republikanischen Linken (ERC). Beide Parteien erhielten jeweils 33 der 135 Mandate im Regionalparlament. PSC-Spitzenkandidat war der bisherige nationale Gesundheitsminister Salvador Illa. Sehr wahrscheinlich wird er nicht zum neuen Regionalpräsidenten gewählt werden, weil zu erwarten ist, dass die nationalistischen und separatistischen Parteien ERC und JxCAT mit Unterstützung der linksradikale CUP trotz ihre Differenzen über die richtige Strategie zur Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit einen Regionalpräsidenten und eine gemeinsame Regierung bilden werden. Sehr wahrscheinlich wird die ERC zum ersten Mal den Regionalpräsidenten stellen. Zusammen gewannen diese drei Parteien nicht nur eine Mehrheit der Mandate, sondern erstmals auch eine Mehrheit der Stimmen von 50,9%. Allerdings verloren sie im Vergleich zu den letzten Wahlen von 2017

insgesamt mehr als 550.000 Stimmen. Die historisch niedrige Wahlbeteiligung von 53,55% aber hat ihnen dennoch zu der Stimmenmehrheit verholfen.

	2021			← Veränderung	2017		
	Prozent	Stimmen	Mandate		Prozent	Stimmen	Mandate
PSC	23,02	651.027	33	+16	13,86	606.659	17
ERC	21,31	602.658	33	+1	21,38	935.861	32
JxCAT	20,06	567.421	32	-2	21,66	948.233	34
VOX	7,69	217.371	11	+11	-	-	-
CUP	6,68	188.830	9	+5	4,46	195.246	4
ECP-PEC	6,86	194.111	8	0	7,46	326.360	8
CS	5,57	157.529	6	-30	25,35	1.109.732	36
PP	3,85	108.841	3	-1	4,24	185.670	4
Wahl- Beteiligung	53,55	2.869.070	135	-25,54%	79,09	4.392.891	135

Die anhaltende Covid-19-Pandemie mit sehr hohen Inzidenzwerten in Katalonien und das schlechte Wetter am Wahltag haben eine deutliche Demobilisierung der Wähler bewirkt. Die Unabhängigkeitsgegner, die 2017 noch die Stimmenmehrheit repräsentierten, und die Ballungsgebiete um Barcelona, wo diese traditionell ihre höchsten Stimmenanteile erzielen, waren von der niedrigen Wahlbeteiligung deutlich stärker betroffen als die nationalistischen Parteien. Viele Kommentatoren interpretieren das Ergebnis als den Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit, Enttäuschung bzw. Resignation über die anhaltende Polarisierung der politischen Lager in der Region. Nur die Sozialisten der PSC und die rechtspopulistische VOX-Partei mobilisierten zusätzliche Wähler für sich. ERC und JxCAT erhielten jeweils nur noch etwa zwei Drittel ihres früheren Stimmenanteils, konnten die Zahl ihrer Abgeordnetenmandate aber weitgehend stabil halten – mit dem wichtigen Unterschied, dass ERC ein Mandat mehr als ihr Rivale JxCAT gewann.

## Die Bedeutung des Wahlergebnisses für einzelne Parteien

### **Partido Socialista de Cataluña (PSC) – Partido Socialista Obrero de España (PSOE)**

Die aktuell führende Rolle der Sozialisten in der spanischen Politik wurde durch die Wahl bestätigt. Wenige Wochen vor der Wahl überraschte Ministerpräsident Sánchez die Öffentlichkeit mit der Präsentation seines aus Barcelona stammenden Gesundheitsministers Salvador Illa als Spitzenkandidat der PSC. Aufgrund der Corona-Pandemie stand er seit einem Jahr landesweit im Fokus der Öffentlichkeit. Seine Bilanz des Corona-Managements wie die der gesamten spanischen Regierung fällt zwar angesichts der hohen Inzidenzen und Sterbefälle sowie der mangelhaften Koordination zwischen Zentralregierung und Autonomen Gemeinschaften bei der Reaktion auf die Pandemie bisher nicht sonderlich positiv aus. Dennoch war Illa prominent und als einer der wichtigsten Entscheider zur Eindämmung der Pandemie permanent in den Medien präsent. Sánchez und die Sozialisten erhofften sich – gestützt auf Umfragen – einen „Illa-Effekt“ bei den Regionalwahlen. Diese Erwartung hat sich durch den relativen Wahlsieg mit einem Zugewinn von knapp 10 Prozentpunkten und einer Verdoppelung der Mandate erfüllt. Noch am Wahlabend kündigte Illa an, sich im Parlament zur Wahl als Regierungspräsident zu stellen. Dafür muss er aber vom zukünftigen Parlamentspräsidenten zu Wahl vorgeschlagen werden, wozu dieser nicht verpflichtet ist, solange Illa keine absolute Mehrheit von 68 Mandaten vorweisen kann. Freilich sind Illas Chancen nicht vollkommen aussichtslos. Sollten sich ERC oder JxCAT nicht

auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigen, könnte er vielleicht dennoch zum Regionalpräsidenten gewählt werden. Er wirbt für sich mit dem Argument, der Kandidat zu sein, der Katalonien mit Spanien wieder versöhnen könne. Zudem ist davon auszugehen, dass Ministerpräsident Sánchez momentan an Verhandlungen mit der ERC beteiligt ist, weil er deren Stimmen unbedingt in der nationalen Abgeordnetenkammer braucht. Gewiss ist er dafür zu wichtigen Zugeständnissen gegenüber der ERC bereit. Dritter Partner einer solchen Kollation wären dann die katalanischen Linkspopulisten von ECP-PEC.

### ***Esquerra Republicana (ERC),***

Die Linksrepublikaner der ERC kämpfen seit Jahrzehnten für die staatliche Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien. Mit ihrem Spitzenkandidat Pere Aragonès, der in den letzten Monaten geschäftsführender Ministerpräsident war, haben sie erstmals eine relative Mehrheit unter den secessionistischen Parteien gewonnen, auch wenn sie gegenüber 2017 ein Drittel an absoluten Stimmen verlor. Aragonès könnte deshalb der erste linksrepublikanische Regierungschef der Region Kataloniens werden. Er hat bereits Sondierungsgespräche mit der linksextremistischen CUP aufgenommen. Darauf sollen Verhandlungen mit JxCAT folgen. Offiziellen Erklärungen nach denkt ERC überhaupt nicht daran, eine Koalitionsregierung mit der PSC zu suchen. Parteichef Oriol Junqueras, der aufgrund seiner Führungsrolle beim illegalen Unabhängigkeitsreferendum vom 1. Oktober 2017 in Katalonien in Haft sitzt, aber als Freigänger dennoch an Wahlveranstaltungen teilnahm, stellte schon am Tag nach den Wahlen klar: „Die PSC verkörpert die Werte einer korrupten und dekadenten Monarchie; wir die Werte einer Republik. Die PSC ist eine Partei mit einer korrupten Vergangenheit“; weshalb er an anderer Stelle klarstellte: „ERC und PSC sind die entgegengesetztesten Parteien in Katalonien“. Damit hat er angedeutet, dass für die ERC im Moment eine Neuauflage des sogenannten „Tripartito catalán“ nicht in Frage komme. Das bezieht sich auf eine Regierungskoalition aus PSC, ERC und einer Gruppe weiterer Linksparteien zwischen 2003 und 2006. Sofern sich ERC und JxCAT nicht einig werden, könnte es eventuell dennoch zu einer Zusammenarbeit zwischen PSC und ERC kommen.

### ***Junts per Catalunya (JxCAT)***

Die nationalistische JxCAT, deren symbolischer Spitzenkandidat der im belgischen Exil lebende ehemalige Regionalpräsident Carles Puigdemont war, erreichte diesmal nur den dritten Platz in der Wählergunst. Mit einem Mandat weniger als ERC hat JxCAT den Führungsanspruch im nationalistischen Lager eingebüßt. Geschadet hat dieser Partei, die eine der Nachfolgeorganisationen der langjährigen Regierungspartei Convergència de Catalunya (CDC) ist, der Streit mit PDeCAT, die unmittelbar aus der CDC hervorgegangen war und der Puigdemont bis zur Gründung der JxCAT ebenfalls angehörte. PDeCAT und eine weitere nationalistische Partei (Partit Nacionalista de Catalunya, PNC) traten diesmal mit einer eigenen Liste an. Dies kostete JxCAT augenscheinlich rund 81.500 Stimmen und damit die Führung des nationalistischen Lagers. JxCAT hat sich seit 2017 zur zweitradikalsten secessionistischen Partei nach der linksextremen CUP entwickelt. Die formale Spitzenkandidatin von JxCAT Laura Borràs forderte während des Wahlkampfes, dass die secessionistischen Parteien bei einem Anteil von mehr als 50 % unmittelbar zur unilateralen Unabhängigkeitserklärung von Spanien zurückkehren müssten.

### ***Candidatura d'Unitat Popular (CUP)***

Die linksextremistische CUP machte in der Wahlkampagne vor allem gegen VOX mobil. Ihre Jugendorganisation *Arran* soll laut Medienkommentaren die gewaltsamen Ausschreitungen gegenüber Kandidaten von VOX offen unterstützt haben. Die wechselseitige Polarisierung der politischen Ränder kam auch den Linksautonomen zugute. Weil sie gegenüber 2017 nur

wenige Wähler verlor, konnte die CUP wegen der niedrigen Wahlbeteiligung ihren Mandatsanteil erhöhen, wodurch sie fünf Mandate hinzugewann und nun neun Abgeordnete im Regionalparlament stellt, die über das Schicksal einer Koalitionsregierung der secessionistischen Parteien entscheiden.

### ***En Comú Podem (ECP-PEC)***

Der katalanische Zweig der linkspopulistischen Podemos, die an der nationalen Minderheitsregierung beteiligt ist, konnte die Zahl seiner Mandate halten. Zwar verlor die Partei 40% ihrer Stimmen von 2017 – was eine gewisse Unzufriedenheit ihrer Wählerschaft zum Ausdruck bringt. Weil die maßgebliche Polarisierung in Katalonien von den Unabhängigkeitsbefürwortern und -gegnern repräsentiert wird und die wichtigste Repräsentantin von En Comú Podem, die Bürgermeisterin von Barcelona Alda Calau, mit ihrem Corona-Krisenmanagement keine große Zustimmung mobilisieren konnte, verhalfen den Linkspopulisten auch die Provokationen des Podemos-Vorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten gegen die spanische Demokratie und seinen Koalitionspartner PSOE in Katalonien nicht zu einem besseren Ergebnis.

### ***Ciudadanos (CS)***

Diese Partei ist der große Wahlverlierer. Hatte sie 2017 die überwiegende Zahl der Gegner des Unabhängigkeitsreferendums mobilisiert und mit den Stimmen von über 1,1 Mio. moderater und bürgerlicher Wähler einen Anteil von 25% und 36 Mandate gewonnen, so verlor sie nun fast 1 Million dieser Wähler und erreichte nur noch einen Anteil von knapp 6% und somit 6 Mandaten. Dramatisch ist dieser Verlust deshalb, weil es die Repräsentativität des pro-spanischen Bürgertums im katalanischen Regionalparlament drastisch reduziert; denn auch andere „bürgerliche“ Parteien können das nicht ausgleichen. Ein knappes Viertel seiner Wähler verlor Ciudadanos an VOX, wenige andere an die PSC. Der Großteil der früheren Wähler aber hat an der Wahl nicht teilgenommen. Der Abstieg von CS, der nach dem größten Triumph bei den Wahlen zum spanischen Abgeordnetenhauswahlen im April 2019 begann, setzt sich fort. Damals erreichte CS knapp 16% der Stimmen und 57 Mandate im nationalen Abgeordnetenhaus. Doch anstatt die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung mit den Sozialisten zu nutzen oder wenigstens zu probieren, versuchte ihr damaliger Vorsitzender Albert Rivera, die Partido Popular als konservative Partei abzulösen. Schon bei den Wahlen im November 2019 musste CS für diesen strategischen Fehler den Preis in Form eines hohen Stimmenverlusts bezahlen. Das hat sich nun in Katalonien fortgesetzt. Es ist nicht ersichtlich, wie der Partei die Kehrtwende gelingen könnte.

### ***Partido Popular (PP)***

Trotz eines neuen Spitzenkandidaten, Alejandro Fernández, und einer intensiven Beteiligung und Präsenz des Vorsitzenden Pablo Casado schaffte die PP nicht die erhoffte Kehrtwende in Katalonien. Im Gegenteil verlor sie noch ein weiteres ihrer bisher ohnehin nur vier Mandate und ist mit 3,85% Stimmenanteil nur noch eine politische Marginalie in einer der größten und wirtschaftlich nach Madrid wichtigsten Gemeinschaft des Landes. Mit nur drei Abgeordneten verfügt sie künftig noch nicht einmal mehr über einen Fraktionsstatus im Parlament. Parteichef Casado hatte wenige Tage vor der Wahl in einem Interview mit der in Barcelona erscheinenden Zeitung „La Vanguardia“ das Verhalten der Regierung Rajoy im Zuge des Unabhängigkeitsreferendums vom 1. Oktober 2017 kritisiert und sich davon distanziert. Schnell legten die Medien offen, dass er damals sehr wohl mit drastischen Worten die Regierung und auch den harten Polizeieinsatz am Tag des sogenannten Plebiszits verteidigt hatte, wovon er sich also nun distanzieren wollte. Von Mitgliedern der früheren Rajoy-Regierung ist das mit Unverständnis und Kritik kommentiert worden. Neue

Wähler haben die heutigen Aussagen Casados der PP nicht zugeführt. Ob und wie viele Wähler deswegen zu Hause blieben oder Vox wählten, müssen weitere Analysen ergeben.

Der einflussreiche „Landesfürst“ der PP aus Galizen, Alberto Núñez Feijoo, forderte am Tag nach der Wahl die Parteiführung dazu auf, die Ursachen für den Verlust genau zu analysieren, um konstruktiv gegensteuern zu können. Doch statt einer kritischen und eventuell auch selbstkritischen Wahlanalyse präsentierte Casado am Dienstag nach der Wahl einer verblüfften Öffentlichkeit die Entscheidung, die Parteizentrale in Madrid zu verkaufen und an einen anderen Ort zu verlegen. Anlass dafür war ein Schreiben des zu 33 Jahren Gefängnis verurteilten früheren Schatzmeisters Bárcenas wenige Tage vor den Wahlen in Katalonien, in dem er neue Informationen über frühere Korruptionsfälle der PP und die angebliche Mitwisserschaft der ehemaligen Vorsitzenden Aznar und Rajoy sowie weiterer ehemaliger Parteigrößen anbietet. Es wurde nicht bekannt, ob Bárcenas tatsächlich neue Erkenntnisse liefern kann. Von den PP-kritischen Medien wurden diese Behauptungen bereitwillig aufgegriffen und verbreitet und zweifellos haben sie die Endphase des Wahlkampfes beeinflusst. Casado und sein Generalsekretär Teodoro García Egea haben diese Kampagne für die Verluste in Katalonien verantwortlich gemacht. Mit dem Wechsel der Parteizentrale wollen sie einen Schlussstrich unter die früheren Vorwürfe ziehen und sich künftig auch nicht mehr zu den Korruptionsfällen der Vergangenheit äußern, weil sie die Zeit vor ihrer Übernahme der Parteiführung betreffen. Zudem kündigte Casado an, den eingeschlagenen Kurs fortführen zu wollen, um das Profil der PP als Partei der rechten Mitte des politischen Spektrums in Spanien zu stärken.

## **VOX**

Die rechtspopulistische VOX ist in gewisser Weise der zweite Sieger der Wahl. Nicht nur zog sie erstmals ins katalanische Parlament ein. Vielmehr gewann sie mit elf Mandaten mehr als PP und Ciudadanos zusammen. Vox wurde dadurch zur viertgrößten politischen Kraft in Katalonien. Zu dem guten Ergebnis dürfte beigetragen haben, dass VOX-Kundgebungen wiederholt massiven Angriffen seitens gewaltbereiter Unabhängigkeitsbefürworter ausgesetzt waren, bei denen es Verletzte und Sachschäden gab und die VOX in eine gewisse Opferrolle versetzten. Der Parteivorsitzende Santiago Abascal ließ keinen Zweifel daran, dass VOX sowohl in Katalonien als auch auf nationaler Ebene den Anspruch erhebt, einen wichtigen Teil der Opposition gegenüber den Sozialisten und den secessionistischen Parteien zu repräsentieren. Strafrechtliche Ermittlungen gegen die Partei wegen angeblicher Fremdenfeindlichkeit während der Wahlkampagne, werden VOX kaum schwächen. Ihr weiteres Wachstum dürfte nur zu stoppen sein, wenn die PP zu einem klaren Kurs findet und konservative, aber auch Wähler des politischen Zentrums zurückgewinnt. Von Ciudadanos dagegen ist schon aufgrund der schwachen Organisation in vielen Landesteilen nicht zu erwarten, dass sie dauerhaft wirksam in das politische Geschehen in Spanien eingreifen kann.

## **Kein Sieg für Katalonien – die Polarisierung und Konflikte halten an**

Sicherlich können sich die Sozialisten auf regionaler, aber auch auf nationaler Ebene als Sieger der Regionalwahlen in Katalonien fühlen. Ministerpräsident Sanchez hat mit der Entscheidung, seinen Gesundheitsminister als Spitzendkandidat der PSC ins Rennen zu schicken und auch durch seine engagierte Teilnahme am Wahlkampf einen großen Verdienst am Erfolg seiner Partei. Der Erfolg der PSC ist auch sein Erfolg, den er als Zustimmung zu seiner Regierungspolitik präsentieren kann. Doch schon der knappe Vorsprung der ERC vor JxCAT hat möglicherweise ambivalente Folgen für die Sozialisten. Einerseits ist ERC eher zur Zusammenarbeit mit der sozialistischen Regierung bereit und hat die Radikalität ihrer Forderungen zur Erreichung der nationalen Unabhängigkeit Kataloniens

zuletzt etwas abgemildert; vielleicht kommt es in Katalonien sogar zu einer Regierung unter Beteiligung von ERC und PSC, auch wenn das von den Nationalisten vor der Wahl lautstark abgelehnt wurde. Andererseits werden Sánchez und die PSOE einen hohen Preis dafür bezahlen müssen, wenn sie die Zustimmung der ERC zu wichtigen Regierungsvorlagen erhalten wollen. Das betrifft nicht nur sogenannte „progressive“ Gesetze in verschiedenen Bereichen wie der Transsexualität, Steuererhöhungen und der Enteignung von Wohneigentum, sondern insbesondere bei der Ausweitung der regionalen Autonomie und dem Umgang mit dem Streben nach staatlicher Unabhängigkeit, die das zentrale Anliegen der ERC bleibt. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie Sánchez und die PSOE auf die Forderung nach einer Volksabstimmung reagieren werden, die ERC-Kandidat Aragonès wiederholt formulierte. Auch wenn die spanische Verfassung eine solche Abstimmung verbietet, wird die ERC nicht nachlassen, in diese Richtung weiterzumarschieren.

Eine aus den nationalistischen Parteien ERC und JxCAT gebildete Regierung, die auf die Unterstützung der CUP angewiesen wäre, würde wohl das administrative Chaos in Katalonien verlängern und den Konflikt mit der nationalen Regierung immer wieder aufs Neue aufleben lassen. Die Proteste in Barcelona wegen der Inhaftierung des Rappers Pablo Hásel haben gezeigt, dass zumindest die CUP nicht davor zurückschreckt, jeden Anlass zu nutzen, um einen zum Teil gewalttätigen Mob gegen die Institutionen des Staates in Stellung zu bringen. Hásel ist unter anderem aufgrund des mehrfachen Aufrufs zum Mord gegen namentlich genannte spanische Politiker und der Verherrlichung des Terrorismus nach mehreren Wiederholungstaten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Ministerpräsident Pedro Sánchez verurteilte die Krawalle erst nach drei Tagen und nur sehr allgemein, weil er nicht nur den Konflikt mit seinem Koalitionspartner in Madrid, Unidas-Podemos, vermeiden will, sondern auch mit den katalanischen Nationalisten. Unidas-Podemos hat die Proteste und auch die Gewalt gegen die Polizei hingegen gerechtfertigt. Mit seinen Aussagen zur unvollendeten Demokratie Spaniens hat Pablo Iglesias solche Proteste noch befeuert. Auch das ließ Sánchez unkommentiert.

Dennoch haben die Wahlen in Katalonien dem spanischen Ministerpräsidenten insofern genutzt, als sie deutlich machten, dass es zurzeit keine politische Alternative zu ihm und der PSOE gibt. Wenn seine Regierung demnächst ca. 80 Milliarden Euro aus dem europäischen Recovery and Resilience Fund verteilen kann, wird das seine politische Handlungsfähigkeit erweitern – und sicherlich werden Katalonien und die von der PSOE regierten Autonomen Gemeinschaft einen guten Anteil dieser Mittel erhalten. Selbst wenn Sánchez, was keinesfalls auszuschließen ist, demnächst die Koalition mit Unidas-Podemos aufkündigen sollte, weil sich dieser Partner zunehmend illoyal verhält, ist auf absehbare Zeit keine Mehrheit gegen den Ministerpräsidenten in Sicht. Auch ohne parlamentarische Mehrheit in Madrid könnte er bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2023 weiterregieren.

Die konservativen Parteien PP und Ciudadanos präsentieren sich derzeit nicht als Alternative zur Regierung. Bei den Regionalwahlen in Katalonien sind sie weiter geschwächt worden. Doch sie verweigern sich einer ehrlichen Analyse ihrer Probleme, die das Ergebnis in Katalonien bestätigte, auch wenn die PP seit vielen Jahren in Katalonien nur eine eingeschränkte Rolle spielt. Dass die Partei aber nach dem schlechten Ergebnis im Baskenland im vergangenen Jahr nun auch in Katalonien nur noch eine marginale Rolle spielt, beeinträchtigt ihren nationalen Führungsanspruch erheblich und ist nicht durch eine Verlegung der Parteizentrale zu korrigieren.

Ciudadanos ist als katalanische Partei entstanden – und nun auch in Katalonien untergegangen. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass sie auf nationaler Ebene noch einmal eine größere Rolle spielen wird. Aufgrund ihrer schwachen organisatorischen Verankerung im Land und wegen des Wahlrechts wird sie höchstens als Kleinpartei überleben. Ihr programmatisches Profil ist nach mehreren taktischen und strategischen Volten nicht mehr

erkennbar. Ein Zusammengehen mit der PP, um wieder eine starke Kraft der konservativen Mitte als politische Alternative aufzubauen, ist dennoch unwahrscheinlich. Die PP selbst muss aus eigener Kraft die liberale, konservative und gemäßigt rechte Seite des politischen Spektrums in Spanien wieder an sich binden. Andernfalls wird VOX eine zunehmend wichtigere Rolle übernehmen. Das wird die Polarisierung im Land aufrechterhalten, vielleicht sogar weiterbefördern. Der einzige, der davon profitiert, ist Ministerpräsident Sánchez. Ob es dem Land nutzt, steht auf einem anderen Blatt.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Wilhelm Hofmeister ist Leiter des Auslandsbüros der KAS in Madrid;  
Martin Friedek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Madrid

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

[Wilhelm.Hofmeister@kas.de](mailto:Wilhelm.Hofmeister@kas.de)

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“,



CC BY-SA 4.0

(abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)